

Sakaki, Alexandra; Shimizu, Kenichi

Research Report

Japan nach den Wahlen: Kein Ende des Reformstaus

SWP-Aktuell, No. 76/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Sakaki, Alexandra; Shimizu, Kenichi (2012) : Japan nach den Wahlen: Kein Ende des Reformstaus, SWP-Aktuell, No. 76/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255096>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Japan nach den Wahlen

Kein Ende des Reformstaus

Alexandra Sakaki / Kenichi Shimizu

Bei der Unterhauswahl in Japan am 16. Dezember 2012 hat die Liberaldemokratische Partei (LDP) unter Shinzō Abe haushoch gesiegt. Die Regierung der Demokratischen Partei Japans (DPJ) mit Premierminister Yoshihiko Noda steht damit vor dem Aus. Nun gelangt wieder jene Partei an die Macht, die das Land zwischen 1955 und 2009 fast ununterbrochen regierte. Dabei spiegelt das Wahlergebnis vor allem die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die letzten drei Regierungsjahre. Die DPJ hat es versäumt, durch Reformen den erhofften politischen Richtungswechsel herbeizuführen. Doch auch von der neuen LDP-Regierung ist kaum zu erwarten, dass sie den Reformstau schon bald angehen wird. Da bereits im kommenden Sommer das Oberhaus neu gewählt wird, dürfte die LDP eher kurzfristige Erfolge anstreben, als sich Japans grundlegenden Problemen zu widmen.

Das Ergebnis der Unterhauswahlen am 16. Dezember 2012 hat die Resultate von 2009 gründlich revidiert. Vor drei Jahren hatte die DPJ einen historischen Machtwechsel herbeigeführt. Sie gewann 64 Prozent der Sitze und stellte damit 308 Abgeordnete, während die LDP nicht mehr als 25 Prozent der Mandate (119) erhielt. Diesmal musste sich die DPJ mit 12 Prozent der Sitze (57) bescheiden; die LDP dagegen kam auf 61 Prozent (294). Drittstärkste Kraft wurde die Japan Reformation Party (JRP) mit 11 Prozent der Sitze (54).

Auf den ersten Blick mag das Wahlergebnis verwundern. Denn nach Meinung vieler Japaner hat die LDP seit den 90er Jahren dringend notwendige Reformen verschleppt, die den ökonomischen Niedergang des Lan-

des und den Verlust seines internationalen Ansehens aufgehhalten hätten. Seit 20 Jahren scheitern Tokios Versuche, die stagnierende Wirtschaft durch Konjunkturpakete anzukurbeln. Die Staatsverschuldung Japans, der weltweit drittgrößten Volkswirtschaft, ist auf über 230 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angestiegen – weit mehr als bei anderen Industrienationen. Obwohl die Bevölkerung rapide altert, wurde die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme immer wieder vertagt. Außenpolitisch fehlt es an Ideen, wie auf die Machtverschiebung im asiatischen Raum zugunsten Chinas zu reagieren ist. Da die Politik sich bislang unfähig zeigte, diese Probleme anzugehen, gelten die letzten zwei Jahrzehnte in Japan als »verlorene Dekaden«.

LDP-Triumph über schwache DPJ

Die Rückkehr der konservativen LDP grünet kaum auf neugewonnener Popularität. Vielmehr sind Japans Bürger enttäuscht von der DPJ. 2009 hatte sie Hoffnungen geweckt, einen grundsätzlichen Wandel in der Politik zu bewirken. Doch nach ihrer Regierungsübernahme trat schon bald Ernüchterung ein – dafür sorgten parteiinterne Machtkämpfe, inhaltlicher Streit, diverse Skandale und zahlreiche Ministerrücktritte. Angesichts klammer Kassen erwies es sich zudem als utopisch, Wahlkampfversprechen wie die Erhöhung von Sozialleistungen zu erfüllen. Überdies machte die von der LDP angeführte Opposition der DPJ das Regieren schwer. Bei den Oberhauswahlen im Juli 2010 verlor die DPJ ihre Mehrheit; fortan war sie auf die Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien angewiesen. Diese nutzten ihre Vetomacht in der Kammer, blockierten Gesetzentwürfe oder erzwangen Zugeständnisse. Im August 2012 stimmte die LDP einer Mehrwertsteuererhöhung erst zu, nachdem Premierminister Noda eine baldige Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen zugesagt hatte.

Für die LDP zahlte sich die Blockadepolitik aus. Die Unfähigkeit der DPJ-Regierung, Gesetze und Reformen zu verabschieden, interpretierten viele Bürger als Versagen. Die LDP nutzte zwar jede Gelegenheit, den politischen Gegner zu diskreditieren, untermauerte ihre Glaubwürdigkeit aber nicht durch personelle Veränderungen und eine inhaltliche Neuausrichtung. Im September 2012 wurde Shinzō Abe zum LDP-Vorsitzenden gewählt; damit stellte die Partei auch an der Führungsspitze die Weichen auf Kontinuität. Abe, der dem rechtskonservativen Flügel der LDP angehört, war bereits 2006/2007 ein Jahr lang Premierminister. Seine erneute Wahl zum Spitzenkandidaten kam für viele Beobachter unerwartet, denn Abes erste Amtszeit gilt als Fiasko. Seine Regierung – zusammengestellt nicht nach politischer Erfahrung, sondern nach persönlicher Loyalität – wurde als »Kumpel-Kabinett« verspottet. Wegen verschiedener

Skandale traten nicht weniger als fünf seiner Minister zurück. Abe selbst gab sein Amt nach einem Jahr überraschend auf und begründete dies mit einer Krankheit.

Inhaltlich war Abes Regierungszeit von einer konservativ-nationalistischen Agenda geprägt, mit besonderem Augenmerk auf Verteidigung, Verfassungsreform und Bildung. Im jüngsten Wahlkampf ließ Abe keine wesentliche Änderung seiner Prioritäten erkennen. Nationalistische Parolen und die Forderung nach einer robusteren Verteidigungsstrategie finden dabei nicht nur in seiner Partei, sondern auch in der Bevölkerung ein positives Echo. Viele Japaner fühlen sich zunehmend vom aufsteigenden China bedroht, vor allem seit sich 2010 der Territorialstreit um die Senkaku-Inseln (chin. Diaoyutai) verschärfte. Für die meisten Bürger sind Themen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen oder die Reform des Sozialsystems allerdings wichtiger, und hier zeigt sich Abe weniger enthusiastisch und kompetent. Innovative Ideen zur Überwindung von Japans wirtschaftlicher Stagnation ließ er bislang jedenfalls vermissen. Sein Vorschlag, dem hohen Yen-Kurs und der Deflation durch Lockerung der Geldmarktpolitik zu begegnen, stieß selbst in der eigenen Partei auf Widerstand. Und obwohl die Bevölkerung mehrheitlich dafür ist, aus der Atomkraft auszusteigen, lehnt die LDP unter Abe diesen Schritt als unrealistisch ab.

Inhaltlich konnte die Partei, die den Wirtschaftsverbänden und Großunternehmen nahesteht, im Wahlkampf also nur bedingt punkten. Dies unterstreicht, dass sie ihren Wahlsieg vor allem der Unzufriedenheit mit der DPJ-Regierung verdankt. Zudem erklärt eine Eigenheit des japanischen Wahlsystems das klare Ergebnis. Von den 480 Sitzen im Unterhaus werden 300 über das Mehrheitsprinzip in Einerwahlkreisen vergeben, die restlichen 180 nach dem Proporzprinzip gemäß Zweitstimme. Bei diesem System kann eine Partei eine deutliche Mehrheit an Mandaten gewinnen, wenn sie sich nur in genügend Wahlkreisen gegen die Konkurrenz durchsetzt.

Dabei ist es unerheblich, wie knapp ihr Vorsprung jeweils ist. Wäre das Parlament allein nach Zweitstimme gewählt worden, hätte die LDP statt 61 nur 28 Prozent der Sitze erreicht.

Dritte Kraft: die JRP

Für großes Aufsehen sorgte die drittstärkste Kraft im neuen Parlament: die Japan Restoration Party (JRP) unter dem populären Bürgermeister von Osaka, Tōru Hashimoto. Im Wahlkampf äußerte er sich vor allem zu innenpolitischen Themen wie der fiskalischen Dezentralisierung. Zugleich tat sich der erst 43-jährige Politiker mit provokativen Aussagen über Japans Reformstau und die Führungsschwäche der Regierung hervor. In der frustrierten Bevölkerung stieß er damit auf starke Resonanz.

Als Nachteil erwies es sich für die JRP – die erst in diesem Jahr gegründet wurde –, dass sie überwiegend in der Kansai-Region verwurzelt ist. 2008 hatte Hashimoto hier seine politische Karriere als Gouverneur begonnen. Kurzfristig gelang es der JRP nicht mehr, landesweit genügend Zuspruch zu finden, um in den Einerwahlkreisen eine ernsthafte Konkurrenz für LDP und DPJ zu bilden.

Um Wähler außerhalb der Kansai-Region zu erreichen, hatte Hashimoto Mitte November einer Fusion seiner Partei mit der »Sunrise Party« des ehemaligen Tokioter Bürgermeisters Shintaro Ishihara zugestimmt. Dieser Schritt erwies sich als zweischneidiges Schwert. Die JRP profitierte zwar von Ishiharas hohem Bekanntheitsgrad, doch zugleich musste Hashimoto programmatische Kompromisse eingehen. Dies schadete seinem Ruf als standhafter, resoluter Politiker. Hatte er sich ursprünglich etwa für den Atomausstieg eingesetzt, so äußerte er sich in dieser Frage deutlich zurückhaltender, nachdem er das Bündnis mit AKW-Befürworter Ishihara eingegangen war.

System im Umbruch

Mit der Unterhauswahl hat die LDP ihre Dominanz im Parteiensystem zurückgewonnen. Bis 2009 war sie bei Wahlen so erfolgreich gewesen, dass sie auch als »ewige Regierungspartei« galt. Diese starke Stellung wurzelte in der Zeit des Kalten Krieges. Jahrzehntlang wurden die Sozialisten – die größte Oppositionspartei – angesichts ihrer idealistischen Forderung nach unbewaffneter Neutralität kaum als ernstzunehmende Alternative wahrgenommen.

Der DPJ-Sieg vor drei Jahren schien dann eine neue Ära mit zwei konkurrierenden Volksparteien einzuleiten. Viele Beobachter sahen darin einen wichtigen Schritt in Japans demokratischem Reifungsprozess. Doch nach Einschätzung der Wähler hat die DPJ ihre Chance vertan. Dabei verschlechtert die jetzige Niederlage auch die Ausgangssituation der DPJ für den nächsten Wahlkampf, denn angesichts der reduzierten Zahl von Mandaten fallen die staatlichen Zuschüsse für die Partei geringer aus.

Ohnehin suchen die Wähler bereits jenseits der DPJ nach Alternativen zur LDP. Mit immer neuen Gründungen, Fusionen und Spaltungen deutet sich in Japans Parteiensystem ein Umbruch an. Das lässt sich auch daran ablesen, dass die neugegründete JRP auf Anhieb ein mit der DPJ vergleichbares Ergebnis erzielen konnte. Insofern muss der Wahlausgang keine Rückkehr zur Monopolstellung der LDP bedeuten.

Doch trotz der Unzufriedenheit mit den bestehenden Parteien zeichnet sich bislang keine nennenswerte außerparlamentarische Opposition ab, die Einfluss auf das politische Geschehen nehmen könnte. So ist nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima etwa das öffentliche Bewusstsein für Fragen nuklearer Sicherheit durchaus gestiegen. Es fehlt jedoch eine Protestbewegung, die stark genug wäre, um der Regierung eine verbindliche Aussage über den Atomausstieg abzurufen.

Ausblick auf Japans Politik

Die LDP beabsichtigt, mit ihrem langjährigen Bündnispartner, der Kōmei-Partei, eine Regierung zu bilden. Zusammen verfügen sie über eine Zweidrittelmehrheit im Unterhaus, die ihnen theoretisch großen Handlungsspielraum gewährt. Im Oberhaus besitzen LDP und Kōmei zwar keine Mehrheit, doch das Unterhaus kann Gesetze oder Reformen auch allein beschließen, wenn es das Oberhaus mit Zweidrittelmehrheit überstimmt.

Ein solches Vorgehen wird die Regierungskoalition aber zu vermeiden suchen. Zum einen ist das Verfahren langwierig, weil im Oberhaus eine Debatte mit Abstimmung stattfinden muss. Zum anderen würden sich LDP und Kōmei dem Vorwurf aussetzen, einem demokratischen Entscheidungsprozess mit der Opposition aus dem Weg zu gehen, zumal die beiden Parteien weniger als zwei Drittel der Wähler repräsentieren. Da bereits im Sommer 2013 Oberhauswahlen anstehen, dürfte die LDP bestrebt sein, die Zeit bis dahin ohne größere Initiativen zu überbrücken, um sich dann eine Majorität in dieser Kammer zu sichern.

Abe hat angekündigt, dass ihn sein erster Auslandsbesuch als Premier in die USA führen werde. Damit unterstreicht er, wie wichtig ihm das Verhältnis zu diesem Bündnispartner ist, das sich unter der DPJ-Regierung verschlechtert hatte. Trotz Drängens der USA wird Japan sich allerdings bis auf weiteres nicht an Beitrittsverhandlungen zum Freihandelsabkommen Trans-Pacific Partnership (TPP) beteiligen. Zu groß ist die Angst vieler LDP-Abgeordneter vor dem Unmut der ländlichen Bevölkerung, die von Einfuhrzöllen auf Agrarerzeugnisse profitiert. Dagegen dürfte Japan weiterhin an einem Freihandelsabkommen mit der EU interessiert sein, denn landwirtschaftliche Produkte spielen zwischen diesen Partnern nur eine untergeordnete Rolle.

Japans Verhältnis zu China wird sich nicht zwangsläufig verschlechtern, auch wenn Abe im Wahlkampf versprochen hat, den territorialen Anspruch auf die

Senkaku-Inseln gegenüber Peking entschiedener zu vertreten. Der bilaterale Handel mit China umfasst mittlerweile fast ein Viertel des japanischen Außenhandels. Entsprechend groß ist der Druck der heimischen Wirtschaft, die Beziehungen zum Reich der Mitte zu verbessern. Trotz seiner nationalistischen Haltung dürfte Abe in dieser Frage also einen gewissen Pragmatismus walten lassen.

Um noch vor der Oberhauswahl politische Erfolge vorweisen zu können, wird der neue Premier wohl versuchen, die japanische Wirtschaft kurzfristig durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme anzukurbeln. Die Staatsverschuldung dürfte daher in den kommenden Monaten weiter steigen. Deshalb sind von der LDP auch kaum Ideen zu erwarten, wie die globale Schuldenkrise in den Griff zu bekommen ist. Vielmehr steht zu befürchten, dass Japans hohe Staatsverschuldung zur Gefahr für die Stabilität der internationalen Finanzmärkte wird.

Vor der Fukushima-Katastrophe hatte Tokio beabsichtigt, die Atomenergie weiter auszubauen und dadurch seine CO₂-Emissionen zu senken. Das hält selbst die LDP nicht mehr für opportun. Doch ein neuer Konsens über Japans Energie- und Klimapolitik wird wegen der Ressourcenabhängigkeit des Landes nur schwer zu finden sein. So dürfte Japan auch in globalen Klimaschutzverhandlungen kaum als Vorreiter auftreten.

In allen erwähnten Politikbereichen muss die japanische Regierung dringend neue Strategien entwickeln, auch wenn einzelne Interessengruppen sich dagegenstemmen. Erreicht die LDP zusammen mit einem Koalitionspartner auch bei der Oberhauswahl 2013 eine Mehrheit, eröffnen sich ihr Chancen, Reformen durchzusetzen. Dass dazu auch die Absicht besteht, lässt sich aus der unveränderten LDP-Programmatik allerdings nicht ablesen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364